

Arbeiterstimme

513

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang

Dresden, Freitag den 4. September 1925

Nummer 122

Zuspitzung des Eisenbahner-Konfliktes

Abweichen der Verbandsbureaufraue — Kein Bericht der Rußlanddelegation auf dem ADBB-Kongreß zugelassen

Berlin, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Konflikt der Eisenbahnarbeiter mit der Reichsbahn-Aktiengesellschaft hat sich verschärft. Die Reichsbahn hat von sich aus auf eigene Faust die Löhne ganz unzulänglich ausgesetzt und dadurch bewirkt, daß in der Lohnfrage ein tariflicher Zustand besteht, während auf den anderen Gebieten des Arbeitsverhältnisses die tarifliche Bindung in Rechnung bleibt. Der Streik wird unvermeidlich sein, wenn die Reichsbahn-Aktiengesellschaft nicht nachgibt. Die Organisationen haben gestern noch einmal um Einleitung eines Schlichtungsverfahrens und Stellung eines Schlichters nachgesucht. Die Verbandsbureaufraue denken, auf diese Art um den Kampf herumdrücken zu können.

Die Reichsbahn-Aktiengesellschaft hat durch eine ungeheuerliche Verleumdung, durch den Raub einer Menge Beamtenrechte, durch die Arbeitszeitverlängerung und die Überanstrengung der Eisenbahner große Gewinne aus der Eisenbahn herausgeholt. Die Betriebssicherheit hat durch die dabei betriebenen Maßnahmen und Überanstrengung der Eisenbahner nicht gelitten.

Der neue Vorstoß der Eisenbahngesellschaft gilt dem Verband der Eisenbahner. Die Gesellschaft will in den Lohnfragen los vom Verband, von der geschlossenen Front der Arbeiter und Beamten. Die ADBB geht dem Unternehmen voran. Um notwendig ist es, dem Angriff mit aller Geschlossenheit zu begegnen. Der Versuch der Verbandsbureaufraue, einen geschlossenen Kampf zu verhindern und durch den Schlichter oder durch Teilkämpfe dem Angriff der Eisenbahngesellschaft zu begegnen, wird die Position der Arbeiter nicht stärken, sondern eher schwächen.

Wohi bis jetzt die Frage der Eisenbahnbeamten von den Gewerkschaften nicht gestellt. Die Eisenbahnbeamten befinden sich, so wie die Arbeiter und auch die Postler, in der gleichen Lage. Der Angriff der Eisenbahngesellschaft muß durch den geschlossenen Kampf der Eisenbahnarbeiter, Beamten und Postler abgewehrt werden. Wir wiederholen nochmals, was wir schon einmal betonten: Gegen das Vorgehen der Eisenbahn-A.G. ist notwendig das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften. Die Arbeiter und Beamten, die Eisenbahner und Postler müssen dieses gemeinsame Vorgehen erzwingen.

Der Gewerkschaftskongreß lehnt es ab, die Rußlanddelegation zu hören

Breslau, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) In der 12. Sitzung des Gewerkschaftskongresses teilte der Genosse Galm-Offenbach mit, daß eine aus fünf Personen bestehende Abordnung der dieser Tage aus Sowjetrußland zurückgekehrten deutschen Arbeiterdelegation hier erschienen sei. Er stellte den sozialistischen Antrag, daß die morgige Sitzung um eine Stunde früher als gewöhnlich beginnen werde in dieser Zeit der Kongreß einen Bericht der Rußlanddelegation entgegennehme. Die Stellung dieses Antrages wurde von der Mehrheit des Kongresses mit einem großen Geschrei abgelehnt. Der Vorsitzende Schumann erklärte, dem Kongresspräsidenten ist nichts bekannt, daß der Vorstand oder der Ausschuss irgendeine Studienkommission entsandt hätte. Die Zusammenkunft der Delegation und ihre Tätigkeit erfolgte ohne Genehmigung des Bundesvorstandes. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Kongreß einer bezüglichen Studienkommission Gelegenheit zur Berichterstattung geben kann. Er ließ dann über den Antrag des Genossen Galm abstimmen und mit offen gegenstimmen wurde eine Berichterstattung der Delegation abgelehnt. Daraufhin wurde die Sitzung schon vormittags 11 Uhr geschlossen, weil nachmittags ein Anschlag der gesamten Delegation nach dem Jobstgebirge stattfinden sollte.

Der Gewerkschaftskongreß, auf dem sich Leipzig alle Räte bilden, eine Einheitsfront mit den Unternehmern herzustellen, lehnte es ab, einen Bericht über Rußland anzuhören. Die Kongressräte wollen keine internationale Gewerkschaftseinheit, sie wollen keinen Kampf gegen die Unternehmer, sondern ziehen einen friedlichen Ausweg in das Gebirge vor. Nicht Kampf, sondern Abwendung vom Kampf ist die Parole der Gewerkschaftsbureaufraue.

Die Arbeiter in den Gewerkschaften müssen jetzt schon alle Maßnahmen ergreifen, um trotz der Haltung dieses Kongresses dennoch die Gewerkschaften zu Kampforganisationen zu machen. In den Gewerkschaften fordert den Bericht der Rußlanddelegation!

Für die Gewerkschaftseinheit!

Sollingen, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Eine vom Langenwiesenthaler eisenwerkliche Bauarbeiter-Vereinigung nach einer Resolution an, in welcher vom 12. Gewerkschaftskongreß in Breslau Herbeiführung der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit gefordert

wird. Es wird ferner gefordert, neben dem englisch-russischen Einheitskomitee auch ein deutsch-russisches Einheitskomitee zu schaffen. Weiter wird vom Gewerkschaftskongreß gefordert die sofortige Herstellung einer einheitlichen Bauarbeiterorganisation. Diese Entschließung wurde gegen die beiden Stimmen der Verbandsangehörigen des Bauarbeiterbundes einstimmig angenommen und per Eilbrief an den Gewerkschaftskongreß in Breslau gesandt.

Krach auf dem „Weltfriedenskongreß“

(Vöbe-Rede verhöhnt.)

Am 2. September wurde in Paris der „Weltfriedens“-Kongreß eröffnet, dem u. a. Vöbe, Dittmann, der Demokrat Koch und Weisfeld beizuhören. Gleich zu Anfang kam es unter den „Parasiten“ zu Reibereien. Vöbe sollte nämlich im Anschluß an die Eröffnung eine Rede halten. Als Parlamentspräsident wollte er nur dann reden, wenn keine französische Konkurrenz, der salbungsvolle Herriot, ebenfalls eine Rede reden würde, so daß (eine wahrhaft erhabende Demonstration für den „Weltfrieden“) also die Parlamentspräsidenten beider Länder getredet hätten.

Herriot hat aber mit der Kongreßleitung „Differenzen“ bekommen und sein Erscheinen plötzlich abgelehnt, wegen Neugierde seines Gefährten Genossen Vöbe zur Unzufriedenheit der Teilnehmer an Deutschland. Schließlich sagte der verschämte Herriot zu, wenigstens auf einige Stunden zu erscheinen. In letzter Minute zog jedoch Herriot seine Zusage zurück.

Vöbe wurde darauf „nahegelegt“, keine Rede nicht selber vorzulesen, sondern sie vorlesen zu lassen. Das machte nun wieder Vöbe nicht, und verschämpt trat er seine Rede in die Tasche.

Dem französischen Unterrichtsminister de Monzie blieb es vorbehalten, mit folgenden schönen Worten den „Bericht“ Vöbes mitzuteilen:

„Da Kongreßpräsident Herriot der Sitzung nicht beizuhören kann, hat Reichstagspräsident Vöbe in höchem Zartgefühl beschließen, hier nicht zu sprechen. Seine Rede wird jedoch veröffentlicht werden, um für die Sache des Friedens ein Zeugnis zu erbringen, demgegenüber alle in anderen Staaten bisher gehaltenen Reden zurücktreten müssen.“

Nachträglich ist Vöbe mit dem „hohen Zartgefühl“ allernachlässigst von dem Ministerpräsidenten Painlevé, einem Karrotopfparasiten, empfangen worden. Dieser Painlevé mußte ausgerechnet den Wunsch aussprechen, daß hoffentlich auch in Deutschland der französische Parlamentspräsident ungehindert reden kann.

Das Uebertragende an dieser „Weltfriedens“-Komödie in Paris ist das, daß dieselben Leute von „Frieden“ sabbern, die zu gleicher Zeit einen niederträchtigen Unterdrückungskrieg führen gegen Marokko und Syrien und sich nicht scheuen, Gut und Blut ihrer Arbeiter und Kleinbauern für die Interessen der Rüstungsindustrie und der Kolonialhorden zu vergeuden.

Es ist das der 24. (!) „Weltfriedens“-Kongreß! Er wird ebensolchen wie seine 23 Vorgänger gegen den Krieg ankämpfen.

Diese Art Kongresse sind „gerichtliche Täuschungsmanöver“, um von den Kriegsvorbereitungen abzulenkten, erregte proletarische Gemüter zu beruhigen.

Doppelte Hauszinssteuern in Preußen

Berlin, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Preußen plant, vom 1. April nächsten Jahres ab die Hauszinssteuer um etwa die Hälfte zu erhöhen. Der Anlaß dazu ist das Finanzausgleichsgesetz, das innerhalb der Schliebschen Steuerreform die Verteilung der Steuern zwischen dem Reich und den Ländern regelt.

Die Luther-Regierung führt Einfuhrschleime ein

Berlin, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsrat hat beschlossen, das Einfuhrsystem ab 1. Oktober in Funktion treten zu lassen. Einfuhrschleime sollen auch auf Hülsenfrüchte ausgegeben und auf 9 Monate Gültigkeit gesetzt werden.

Der Sozialdemokrat Fleißner verbietet Demonstrationen

Leipzig, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag nachmittag sollte auf dem Reichsgerichtshof eine Protestdemonstration der Arbeiterschaft für die Freilassung der politischen Gefangenen und gegen den Krawall-Prozeß stattfinden. Die Demonstration ist von dem sozialdemokratischen Volkspräsidenten Fleißner verboten worden.

Die Neugruppierung der revolutionären Kräfte

Die „Kriegs-Jahre“, das Zentralorgan der Partei, schreibt zu dem Brief der Exekutive:

Die neuen Beschlüsse der Exekutive der Komintern und des Zentralkomitees unserer Partei sind, ihrem tiefsten Inhalte nach, eine Kampfansage an die Bourgeoisie und die sozialdemokratischen Führer. Sie bedeuten keine „Kampfansage“, sondern das Signal zur Annahme eines noch viel härteren Kampfes gegen alle Feinde des Kommunismus, eine noch härtere Arbeit jedes einzelnen deutschen Kommunisten, bis auf den letzten, um die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Revolution zu gewinnen.

Es war von vornherein klar, daß der Brief der Exekutive das größte Kuschen im ganzen bürgerlichen Deutschland erregen würde.

Der Brief war ein rotes Tuch für die Bourgeoisie und, ganz nach unseren Erwartungen, beginnen alle Feinde wie Stiere mit geklemmtem Kopf dagegen anzurennen.

Vom „Kampfsieger“ bis zum „Vorwärts“, von den völkischen Blättern bis zur demokratischen Presse: ein einziger Schrei: „Bankrott des Kommunismus! Tod der K.P.D.“ Sie haben diese Weile so oft gesungen, daß die Melodie langweilig wird und niemanden mehr verwirren kann.

Aber es gibt Unterschiede in den Stimmen der feindlichen Presse. Am dümmsten, am borniertesten, am stumpfsinnigsten ist die Auffassung des „Vorwärts“. Die Renegaten, die als Jacken gegen den Kommunismus in den Redaktionsstuben des „Vorwärts“ sitzen, sind vollkommen unfähig, zu begreifen, um was es geht.

Das ist genau die historische, durch die Rolle der russischen Menschewiki tausendmal bestätigte Geistesverfassung, mit der die opportunistischen Kleinbürger und Renegaten den großen Problemen der proletarischen Revolution und der bolschewistischen Partei gegenüberstehen. Ihr Verständnis reicht nur bis zu Personalveränderungen, Kullenschiebungen und parlamentarischen Kunstgriffen nach dem Muster der 2. Internationale. Was über diese Grenzen hinausreicht, bleibt ihnen verschlossen.

Viel klarer als die sozialdemokratischen Redakteure begreifen die Politiker der deutschen Bourgeoisie mit ihrem ausgebildeten Klasseninstinkt die wirkliche Bedeutung unserer neuen Politik.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“, ein kluges und nüchternes Blatt des Finanzkapitals, spricht von der Annäherung der Kommunisten an die sozialdemokratischen Arbeitermassen und bemerkt dazu:

„Das ist für uns der eigentliche, bedeutungsvolle Kern des inneren Umwälzungen bei der K.P.D.“

Das Blatt spricht von den Gefahren einer Verbrüderung kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter in den Hochburgen der Arbeiterbevölkerung, vom Kampf gegen die Finanz- und Zollgelehrten und warnt die „Randgebiete des Bürgertums“, vor allem „das linke Zentrum“, vor der drohenden Neugruppierung der revolutionären Kräfte in Deutschland, dem Neuaufmarsch zu Klassenkampf und Umsturz.“

Wir können versichern, daß diese Charakterisierung genau den Inhalt, die politische Bedeutung unserer neuen Beschlüsse trifft.

Im Austruf unseres Zentralkomitees heißt es, daß die neue Entwicklung unserer politischen Linie von größter Tragweite für die ganze Zukunft unserer Partei ist. In der Tat, die Exekutive der Komintern hat ihre Beschlüsse keineswegs vom Gesichtspunkte der blauen Luft oder des grünen Tisches gefaßt. Sie ging vielmehr von der richtigen Einschätzung der veränderten Klassenlage in Deutschland, der neuen Kräftegruppierungen aus, die sich in den letzten Monaten bildeten. Aus in diesem Zusammenhang sind die Beschlüsse zu verstehen.

Worin bestehen die neuen Erscheinungen der politischen Konstellation in Deutschland? Nehmen wir nur die charakteristische Tatsache aus der letzten Zeit: den Austritt Wechs aus der Deutschnationalen Partei, den Austritt Wechs aus der Zentrumstraktion, die Vorgänge auf dem ADBB-Kongreß und die Abreise der ersten Arbeiterdelegation aus Sowjetrußland. Alle diese verschiedenartigen Tatsachen sind miteinander verbunden; sie haben gemeinsame Ursachen und